

haltung der Gesetzgebung durch die übergeordneten Organen unterstehenden Betriebe, Einrichtungen und Organisationen auf ihrem Territorium zu kontrollieren sowie deren Tätigkeit hinsichtlich der Bodennutzung, des Naturschutzes, des Bauwesens, der Konsumgüterproduktion, der sozial-kulturellen Betreuung, der Dienstleistungen und anderer Dienste für die Bevölkerung zu koordinieren und zu kontrollieren (Art. 146). Ausdrücklich wird die Verbindlichkeit der Rechtsakte der örtlichen Sowjets für alle Organisationen und Einrichtungen auf ihrem Territorium sowie für alle Staatsfunktionäre und Bürger hervorgehoben (Art. 147).

Auf den Territorien der örtlichen Sowjets befinden sich sehr viele Organisationen und Einrichtungen, die zentralen Leitungsorganen unterstellt sind. Die gesetzliche Festlegung ihrer Beziehungen zu den örtlichen Sowjets und deren Einflußnahme auf sie ist eine wichtige Tendenz und stärkt die Stellung der örtlichen Sowjets als Organe der staatlichen Macht.

Die neue Verfassung wird Grundlage für die weitere Vervollkommnung der sowjetischen Gesetzgebung wie auch

der Tätigkeit aller Organe der staatlichen Macht und Leitung des Landes sein. Ihre Verwirklichung, wird dazu beitragen, die gesamte staatliche und wirtschaftliche Tätigkeit und die gesamte Arbeit der Organe der staatlichen Macht und Leitung auf ein qualitativ höheres Niveau zu heben. Sie wird damit der ganzen Welt demonstrieren, wie sich der sozialistische Staat entwickelt und worin das Wesen der sozialistischen Demokratie besteht.

(Originalbeitrag für „Neue Justiz“; Übersetzung von Wilfried Jäschke, Berlin) ^{1 2 3 4 5 6 7 8 9 10}

- 1 Zitate aus dem Verfassungsentwurf folgen der deutschen Übersetzung in Presse der Sowjetunion 1977, Heft 24, S. 1 ff.
- 2 Vgl. L. I. Breshnew, „Über den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR“, ND vom 6. Juni 1977, S. 3.
- 3 Vgl. Art. 3 der Verfassung von 1936.
- 4 Vgl. Art. 36 der Verfassung von 1936.
- 5 Vgl. Art. 38 der Verfassung von 1936.
- 6 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien (Moskau 1969), Berlin 1969, S. 209.
- 7 Vgl. die Übersicht über die Unionsministerien in Art. 77 und über die Unions-Republik-Ministerien in Art. 78 der Verfassung von 1936.
- 8 Anders als Art. 70 der Verfassung von 1936.
- 9 L. I. Breshnew, „Über den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR“, a. a. O.
- 10 L. I. Breshnew, a. a. O.

Volksvertretung und Gesetzlichkeit

»

Gewachsene Verantwortung der Volksvertreter

Interview mit **Otto Lach**, Vorsitzender der Ständigen Kommission Ordnung und Sicherheit des Bezirkstages Karl-Marx-Stadt

Wie schätzen Sie als Vorsitzender der Ständigen Kommission Ordnung und Sicherheit des Bezirkstages die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitag der SED zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit in Karl-Marx-Stadt ein?

Otto Lach:

Es gibt große Anstrengungen und spürbare Fortschritte in unserem Bezirk. Zunehmend wird sichtbar, wie die große Mehrheit der Bürger bewußt Unser Recht einhält und wie überall z. B. die Bewegung um hohe Ordnung, Disziplin und Sicherheit wächst

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt zeigt sich schon seit Jahren, daß zwischen Gesetzlichkeit und Demokratie enge Wechselbeziehungen bestehen. Recht und Gesetzlichkeit sind für unsere Werktätigen nichts Fremdes, nichts, was Gefahr oder Last bedeutet, wie das für die Werktätigen im Kapitalismus der Fall ist. Im Gegenteil. Unser Recht bringt Sicherheit Geborgenheit und Schutz vor Störungen aller Art. Und eben diese Gewißheit ist zugleich die Grundlage nicht nur zur bewußten, freiwilligen Einhaltung der Gesetze, sondern auch die Basis zur Weckung und Förderung von Initiativen zur aktiven Mitgestaltung.

Läßt sich das verdeutlichen?

Otto Lach:

Ja, natürlich. Ich möchte zum Beispiel auf die Beratung des Bezirkstages vom November 1976 verweisen. Dort wurde Bericht erstattet über die Entwicklung der Bewegung „Bereiche vorbildlicher Ordnung und Sicherheit“. Das war nach dem IX. Parteitag die erste bezirkliche Bilanz auf diesem Gebiet und zugleich eine öffentliche Abrechnung, wie die Bezirkstagsbeschlüsse vom 20. März 1974 (Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe zur wirksamen Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit

sowie über die Anerkennung als Bereich vorbildlicher Ordnung und Sicherheit) im sozialistischen Alltag umgesetzt wurden.

Das Ergebnis war gut, Fakten belegen das. Zum Berichtszeitpunkt gab es im Bezirk 13 000 Kollektive bzw. Bereiche, die mit abrechenbaren Aufgabenstellungen um die Anerkennung kämpften. Inzwischen ist ihre Zahl auf 16 300 angewachsen, und 4 000 sind als Bereiche vorbildlicher Ordnung und Sicherheit ausgezeichnet. Das zeigt die breite Resonanz der angeführten Bezirkstagsbeschlüsse. Ich sehe in dieser Tatsache den Beweis für die Richtigkeit unserer Politik, sie ist populär, sie widerspiegelt das Interesse unserer Werktätigen, und das eben ist die Grundlage für ihre Massenwirksamkeit.

Natürlich steht dahinter auch gewachsene Qualität staatlicher Leitungstätigkeit in allen Ebenen. Beschlüsse dieser Art erfordern Arbeit mit den Menschen, Erziehungstätigkeit, Vorbildwirkung, Kontrolle und viel mehr. Auch unsere ständige Kommission sah ihre Hauptaufgabe in der Hilfe und Kontrolle bei der Verwirklichung der Beschlüsse.

Können Sie auch über Ergebnisse berichten?

Otto Lach:

Man muß sich m.E.* hüten; aus Zahlen allein voreilige Schlüsse zu ziehen. Aber auf einige Fakten und positive Tendenzen möchte ich verweisen. Die Zahl der Betriebsunfälle ist von Jahr zu Jahr rückläufig. In der chemischen Industrie führt der sehr konzentrierte Kampf um hohe Ordnung und Sicherheit zur Zurückdrängung von Bränden und Havarien. In der Landwirtschaft hat diese Bewegung ebenfalls festen Fuß gefaßt, und die Zahl der Brände ist auch hier rückläufig. Zahlreiche Wohngebiete und Gemeinden reihen sich trotz oft komplizierter Bedingungen in die Erfolgsbilanz würdig ein. Auch die Tatsache, daß nicht wenige Gemeinden nun schon beispielsweise über mehrere Jahre brand- und verkehrsunfallfrei geblieben sind und die kulturvolle Freizeitgestaltung an Niveau und Qualität • zunimmt, spricht für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Die Bewegung der Werktätigen zur Schaffung von Bereichen vorbildlicher Ordnung und Sicherheit bringt also die wachsende Rolle der Arbeiterklasse hinsichtlich der Durchsetzung unserer sozialistischen Rechtsordnung und